

Nachbericht zum Rat der Justiz- und Innenminister am 25./26. Februar in Brüssel

Am ersten Tag des Rates, bei dem die Innenthemen behandelt wurden, wurde die deutsche Delegation durch BM Dr. de Maizière bzw. am Nachmittag durch PSt Dr. Schröder geleitet. Die Tagesordnung umfasste folgende Punkte für den Bereich Inneres:

RATSTAGUNG

Vorstellung der neuen Innenkommissarin Cecilia Malmström

Kommissarin Malmström gab einen Überblick über die Prioritäten der KOM für den JI-Bereich. Hierzu gehören im Innenbereich insbesondere:

- die Entwicklung eines Gemeinsamen Asylsystems, dessen Erfolg von einer größeren Gesetzgebungsharmonisierung abhängt,
- die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Raums des Schutzes im Einklang mit der Genfer Konvention,
- die Förderung legaler Migration, wobei die Mitgliedstaaten die Sektoren und den Bedarf selbst festlegen müssten,
- die Bekämpfung der illegalen Migration,
- die Beseitigung von Integrationsbarrieren,
- eine humane Rückführungspolitik in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern,
- die baldige Vorlage eines EU-PNR-Vorschlags,
- eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung der EU-Terrorismusbekämpfungsstrategie,
- die Vorlage einer umfassenden Sicherheitsstrategie im Herbst 2010 (darin u.a. Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit, des Schutzes der Außengrenzen, Lastenteilung beim Katastrophenschutz),
- die baldige Vorlage eines Aktionsplans zum Stockholmer Programm.

Aus den Reihen der Mitgliedstaaten wurde an die KOM appelliert, noch bis zum Ende der ESP-Präsidentschaft einen Vorschlag für eine EU-PNR vorzulegen. KOM gab zu bedenken, dass man bei PNR – wie auch bei SWIFT – auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Überzeugung des EP angewiesen sei.

EU-Sicherheitsstrategie

Die Sicherheitsstrategie wurde in der Fassung des Bezugsdokuments (Dok. 842/2/10 REV 2 JAI 90) angenommen. DEU hatte zuvor Formulierungen durchsetzen können, die deutlich machen, dass die Strategie nicht über den Inhalt des Stockholmer Programms hinausgeht und dass die beabsichtigte Stärkung von Eurojust im Rahmen des geltenden Rechts und ohne die Ausstattung mit zusätzlichen Kompetenzen erfolgen soll.

KOM unterstützte die Strategie einschließlich der darin enthaltenen Aufforderung an die KOM, eine Mitteilung zur Sicherheitsstrategie zu erarbeiten. KOM strebe an, die Mitteilung bis Oktober 2010 vorzulegen. KOM wolle aber bereits bis Juni eine Übersicht über alle vorhandenen Instrumente zur OK- und Terrorismusbekämpfung erstellen.

Mehrere Mitgliedstaaten betonten im Rahmen der Diskussion die Bedeutung von COSI für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie.

Vorsitz teilte mit, dass ER-Präsident van Rompuy die Sicherheitsstrategie dem Europäischen Rat vorlegen wolle.

Ständiger Ausschuss für die innere Sicherheit – COSI

ESP-Vorsitz erläuterte eingangs, COSI werde künftig eine sehr wichtige Rolle ausfüllen. Für den 11.03.2010 sei die erste Sitzung des COSI angesetzt. Aus der Beteiligung der Mitgliedstaaten im schriftlichen Verfahren habe Vorsitz sechs Punkte extrahiert, über die Einvernehmen bestünde:

1. COSI soll operative, weniger strategische Aufgaben wahrnehmen.
2. COSI soll die Koordinierung operativ arbeitender Agenturen unterstützen. Dies betreffe Europol, Frontex, Eurojust und den Anti-Terrorismus-Koordinator.
3. COSI soll die Aufgaben der Police Chief Task Force übernehmen.
4. COSI müsse sich auch mit der Evaluierung der operativen Instrumente befassen.
5. COSI soll regelmäßig den JI-Rat unterrichten; evtl. einmal jährlich.

6. COSI soll sich auch mit der äußeren Dimension der inneren Sicherheit befassen.

BM Dr. de Maizière unterstützte die Zusammenfassung, zeigte sich aber kritisch im Hinblick auf die Fortführung der anderen beiden Ausschüsse (ehem. Art. 36-Ausschuss [„CATS“] und SCIFA) nach deren Evaluierung in zwei Jahren.

Die Police Chief Task Force werde laut Vorsitz mit Arbeitsaufnahme des COSI am 11. März abgeschafft. Nach 2 Jahren werde neben CATS und SCIFA auch COSI evaluiert.

Europäischer Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels

Vorsitz führte aus, dass der internationale Drogenhandel das Hauptaktionsfeld der organisierten Kriminalität sei, wichtigste Drogen seien Kokain und Heroin. Auf deren Schmuggelrouten sowie auf die Einziehung von Gewinnen und Tatmitteln wolle sich der Pakt konzentrieren. Nach der ersten Aussprache solle die Weitergabe an eine „technische Gruppe“ erfolgen, angestrebt sei eine Annahme noch unter ESP-Präsidentschaft.

Vorsitz und FRA betonten, dass der Pakt nicht nur eine politische Absichtserklärung sein solle, sondern auch in konkrete Maßnahmen münden müsse. Wichtig sei eine Ergänzung nationaler Maßnahmen, eine kohärente Gestaltung auch im Hinblick auf existierende Strategien und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, insbesondere mit Herkunfts- und Transitländern.

DEU wies darauf hin, dass es sich bei der Idee um eine FRA/DEU-Koproduktion handele. Es sei noch ausreichend Zeit für weitere Beratungen. DEU sehe den Drogenpakt in Verbindung mit dem eigenen Engagement in AFG. Gemeinsame Ermittlungsgruppen seien sinnvoll und erfolgreich, deren Einrichtung und die Nutzung der Ergebnisse seien aufgrund unterschiedlicher Rechtssysteme aber schwierig. Daher sei auch eine enge Einbindung der Justizseite in die weiteren Beratungen notwendig.

Wiedereinführung der Visumpflicht durch Kanada für Staatsangehörige der Tschechischen Republik

KOM berichtete über den Stand der Gespräche mit CAN. Vor etwaigen Retorsionsmaßnahmen solle zunächst eine für den 15.03.2010 terminierte Sitzung der gemein-

samen Expertengruppe (CAN, CZE, KOM) abgewartet und das Thema beim JI-Rat im April erneut behandelt werden.

CZE betonte, dass es sich nicht um einen bilateralen Konflikt zwischen CZE und CAN, sondern – schließlich bestünde auch für BGR und ROU eine Visapflicht – um ein Problem der Gemeinschaft handle. Sämtliche wortnehmenden Delegationen erklärten ihre Solidarität mit CZE und wiesen ebenfalls auf die Gemeinschaftsdimension hin.

SWIFT

Es bestand Einigkeit zwischen Mitgliedstaaten und KOM, dass ein EU-USA-Abkommen anzustreben sei und keine bilateralen Lösungen verfolgt werden sollten. Das EP müsse von Anfang an in die Gespräche eingebunden werden; die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den nationalen Parlamenten müsse verbessert werden.

KOM kündigte an, rasch ein Verhandlungsmandat vorzulegen. ESP-Präsidentschaft strebt an, die Verhandlungen über das Folgeabkommen bis Sommer abzuschließen.

BM Dr. de Maizière hob folgende Kriterien für das Folgeabkommen hervor:

- Beschränkung der Anzahl auszutauschender Daten,
- eine genauere Zweckbestimmung,
- klarere Regelungen bzgl. kürzerer Aufbewahrung und Löschung,
- Beschwerdemöglichkeiten und gerichtlicher Rechtschutz,

wobei der letzte Aspekt mit den USA voraussichtlich am schwierigsten auszuhandeln sei. Parallel dazu sollten auch die EU-USA-Verhandlungen zu einem allgemeinen Datenschutzabkommen vorangetrieben werden. Dies wäre eine positive Begleitung zum SWIFT-Abkommen.

GEMISCHTER AUSSCHUSS (mit NOR, CHE, ISL, LIE)

Schengener Informations-System II (SIS II)

Rat billigte ohne Aussprache nach Beratung im gemischten Ausschuss den Formulierungsvorschlag des Vorsitzes für eine Protokollnotiz des Rates zum SIS II, wie vom AStV am 24.02.2010 vorgeschlagen. Danach beabsichtigt der JI-Rat, wie auch von

DEU gefordert, im April eine abschließende Entscheidung über die weitere Richtung des SIS II-Projekts zu treffen.

FRONTEX / Illegale Migration an den südlichen Seegrenzen der EU

Kommissarin Malmström ging kurz auf einige wesentliche Elemente des KOM-Vorschlags zur Änderung der Frontex-VO ein. Zukünftig sollten verbindliche Verfahren für die Beiträge der Mitgliedstaaten zur technischen Ausrüstung von Frontex und zur Schaffung eines Pools von Personalressourcen eingeführt werden. Ergänzend dazu solle Frontex Ausrüstung selbst erwerben oder leasen können. Die von Frontex durchgeführte Risikoanalyse solle verstärkt werden. Frontex solle die Möglichkeit erhalten, Drittländer technisch zu unterstützen. Der KOM-Vorschlag sehe ausdrücklich vor, dass alle an Einsätzen teilnehmenden Grenzschutzbeamten zum Thema Grundrechte geschult sein müssten.

Frontex-Exekutivdirektor Laitinen stellte das Frontex-Arbeitsprogramm für 2010 vor. Im laufenden Jahr sollen 30 % des Budgets für Einsätze im Bereich Seegrenzen, 11 % für den Bereich Rückführungen, 5 % für Einsätze im Bereich Luftgrenzen und 3 % für sonstige Einsätze ausgegeben werden. Weil zahlreiche Flüchtlinge eine falsche Staatsangehörigkeit angeben würden, sei es besonders wichtig, deren tatsächlichen Nationalitäten besser ermitteln zu können. Frontex strebe daher eine bessere Zusammenarbeit mit Europol und anderen Dienststellen an.

In Bezug auf Außenstellen von Frontex (Frontex Operational Offices) teilte Laitinen mit, dass gemäß Beschluss des Frontex-Verwaltungsrats ein Pilotprojekt mit anschließender Evaluierung durchgeführt werden solle. Das Pilot-FOO werde in Piräus (GRC) angesiedelt und solle zum 01.10.2010 einsatzbereit sein.

In der Diskussion wurde insbesondere die Bedeutung der Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten und von gemeinsamen Rückführungsflügen hervorgehoben.

PSt Dr. Schröder bekräftigte das DEU-Ziel, Frontex langfristig zu einem Hauptakteur für die Koordination und das Management der EU-Außengrenzen auszubauen. Wichtig sei dabei, dass die originäre Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für den Schutz der Außengrenzen erhalten bleibe. DEU werde den KOM-Vorschlag sorgfältig prüfen und bei den Beratungen im Rat aktiv mitarbeiten.

Der Rat nahm die in Dok. 6435/2/10 REV 2 dargestellten 29 Maßnahmen zur Verstärkung der Außengrenzen und zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung an.

KONFERENZ DER REGIERUNGSVERTRETER DER MITGLIEDSTAATEN

Asyl-Unterstützungsbüro EASO

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten erklärten sich ohne Aussprache förmlich damit einverstanden, dass das EU-Asyl-Unterstützungsbüro EASO seinen Sitz in Valetta (MLT) haben wird. Das Büro soll den EU-Staaten bei Asylentscheidungen beratend zur Seite stehen. Dabei ist unter anderem daran gedacht, Informationen über die Lage in den Herkunftsländern für alle EU-Staaten verfügbar zu machen. Damit soll ein Beitrag zur Harmonisierung der Asylentscheidungen in der EU geleistet werden. Die Ausarbeitung verbindlicher gemeinsamer Kriterien für die Anerkennung von Flüchtlingen als Asylbewerber gehört jedoch nicht zu den Aufgaben von EASO.

Daneben soll EASO durch die Entsendung von Expertenteams denjenigen Mitgliedstaaten Unterstützung gewähren, die besonders starkem Zustrom von Flüchtlingen ausgesetzt sind. Das Büro soll auch mit Nichtregierungsorganisationen und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zusammenarbeiten.

Sonstiges

Im Rahmen des gemeinsamen Mittagessens mit den Vertretern der assoziierten Staaten (LIE, CHE, NOR, ISL) wurde kurz die diplomatische Krise zwischen Libyen und CHE erörtert. Im Ergebnis gab es ein klares Bekenntnis dahingehend, CHE zu unterstützen.

BEL sprach das Thema "Gewalt in den Großstädten" an. Rat kam überein, Europol zu beauftragen, in diesem Zusammenhang eine Analyse zum Einsatz von großkalibrigen Waffen durch Kriminelle zu erstellen.